

Integrationsindikatoren und -monitoring im regionalen Kontext – Schwerpunkt Wohnen in Tirol

Empfehlungen für die lokale Wohnraumpolitik

Das Zentrum für MigrantInnen in Tirol (ZeMiT) führte 2010 das Projekt „Integrationsindikatoren und -monitoring im regionalen Kontext – Schwerpunkt Wohnen in Tirol“ durch. Im Zuge des Projektes wurden bestehende Empfehlungen für die lokale Wohnraumpolitik aus dem Nationalen Aktionsplan für Integration und dem CLIP Netzwerk (Cities for local Integration for Migrants) erhoben. Gegenüber dem Nationalen Aktionsplan für Integration, der für den Bereich Wohnen eher allgemeine und abstrakte Ziele formuliert, bietet das CLIP Netzwerk mitunter sehr konkrete und praktikable Anregungen. Weiters werden auch Empfehlungen angeführt, die von ExpertInnen und AkteurInnen im Bereich der öffentlichen Wohnungsvergabe bei der Fachtagung „Wohnen und Migrationsgesellschaft in Tirol“ am 4.11.2010 erarbeitet und diskutiert wurden. Die Unterlagen werden Tiroler Gemeinden als Diskussionsgrundlage und -anregung zur Verfügung gestellt. Ergänzungen und Erweiterungen können sehr gerne an Mag.a Andrea Moser unter moser@zemit.at übermittelt werden.

Innsbruck, 2011

Dieses Projekt wird vom Europäischen Integrationsfonds EIF, dem Bundesministerium für Inneres und dem Land Tirol kofinanziert.

Empfehlungen für die lokale Wohnraumpolitik 1

Der Nationale Aktionsplan für Integration

Der Nationale Aktionsplan für Integration¹ wurde am 19. Jänner 2010 im Ministerrat beschlossen und beinhaltet unter anderem auch Grundsätze und Zielsetzungen für das Handlungsfeld „Wohnen und die regionale Dimension von Integration“. Als zentrale Herausforderung für den Bereich Wohnen wird darin die zunehmende Heterogenität der Bevölkerung durch Migrationsphänomene genannt. Konkrete Maßnahmen sowie finanzielle und organisatorische Verantwortlichkeiten für die Zielerreichung werden im Aktionsplan nicht festgelegt.

These

Mängel in der Wohnqualität und im Wohnumfeld reduzieren gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten

Diagnose

- MigrantInnen steht durchschnittlich weniger Wohnfläche pro Kopf zur Verfügung
- die Wohnkostenbelastung ist für MigrantInnen überdurchschnittlich hoch
- die Ausstattungsqualität ihrer Wohnungen ist tendenziell schlechter

Grundsätze für den Bereich Wohnen

- Verminderung von Marginalisierungs- und Segregationstendenzen in Stadtteilen
- Entwicklung von regionalen, zielgruppenspezifischen Integrationspolitiken
- Bereitstellung von Instrumenten zur Konfliktvermeidung auf lokaler Ebene
- Nutzung kommunaler Strukturen (v.a. Vereinswesen) für Integrationsprozesse

Ziele

- heterogene Bevölkerung in Wohnvierteln unter Berücksichtigung des Verhältnisses von Personen mit und ohne Migrationshintergrund
- integrationsorientierte Weiterentwicklung regionaler Politiken
- Einrichtung von Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten für MigrantInnen im Falle von Diskriminierungen
- Bereitstellung von leistbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen
- Aufwertung von Stadtteilen mit hohem Segregationspotential
- Bedarfsorientierte Entwicklung von infrastrukturellen Einrichtungen
- Angebot der Konfliktmediation

¹ Nationaler Aktionsplan für Integration. Verfügbar unter:
http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/NAP/nap_bericht.pdf

Empfehlungen für die lokale Wohnraumpolitik 2

Das CLIP Netzwerk²

Das CLIP Netzwerk (Cities for local Integration for Migrants) umfasst über 30 europäische Städte, die sich in Zusammenarbeit mit europäischen Forschungszentren mit der Entwicklung möglicher politischer Maßnahmen für die Bereiche Stadtentwicklung und Integration beschäftigen. Das erste von insgesamt vier Forschungsmodulen setzt den Schwerpunkt auf die Wohnsituation von MigrantInnen und betrachtet dabei die Bereiche Segregation, Zugang, Erschwinglichkeit und Qualität von Wohnraum. Die Entstehung von sogenannten Parallelgesellschaften wird von Seiten des Netzwerks problematisiert und eine Förderung heterogener Bevölkerungsstrukturen in Wohngebieten propagiert. Neben Empfehlungen für europäische Politik und für EU-Mitgliedstaaten wurden aus zwanzig Fallstudien, die im Zuge des ersten Forschungsmoduls durchgeführt wurden, auch Empfehlungen für lokale Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik formuliert. Eine systematische Erhebung des Wohnraumbedarfs, eine strategische Stadtplanung und die Koordination der Wohnungspolitik mit anderen Politiken werden dabei als zentrale Grundvoraussetzung für effiziente Stadtentwicklung genannt.

Abteilungsübergreifende Zusammenarbeit

- Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für Fragen der Integration und Migration, die mit örtlichen Einrichtungen (NGOs, Vereinen, ...) zusammenarbeitet und mit allen Verwaltungsabteilungen im Austausch steht

Information

- Erhebung umfassender Informationen und Daten (Anzahl der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft/ Migrationshintergrund, deren Altersstruktur, Haushaltsgröße, Rechtsstatus, Wohnverhältnisse, sozialräumliche Verteilung) und Zugänglichkeit der Daten für EntscheidungsträgerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen
- Entwicklung von Indikatoren zur Beurteilung der Wohnraumsituation (Größe, Qualität) und zur Beurteilung des Zugangs von MigrantInnen zum Wohnungsmarkt (z.B. Wartezeiten für Sozialwohnungen)

Sozialwohnungen, öffentlich private Partnerschaften

- klare Bestimmungen für den Zugang zu Sozialwohnungen inkl. Notfallbestimmungen die mehrsprachig bereitgestellt werden
- Wohnungsvergabe durch die Gemeinde
- Partnerschaften zwischen öffentlicher und privater Hand (z.B. Anmietung von Wohnungen unter dem Marktpreis durch die Gemeinde im Austausch für eine Mietgarantie über mehrere Jahre; günstige Abgabe von Baugrund durch die Gemeinde im Austausch für die Bereitstellung von Wohnungen zu herabgesetzter Miete; Gemeinde im Bedarfsfall als Vermittlerin bei Vertragserstellungen zwischen VermieterInnen und MieterInnen)

² Aus der Studie „Wohnraum und Integration von Migranten in Europa“ Verfügbar unter: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2008/18/de/1/ef0818de.pdf> [10.10.2010]

Öffentlicher Wohnungsmarkt

- verbesserte Informationspolitik und klare Antidiskriminierungspolitik der Gemeindeverwaltungen
- Einrichtung zentraler BürgerInnenberatungsstellen
- Installierung einer Instanz, die Beschwerden aufnimmt und Diskriminierung dokumentiert
- mehrsprachige Informationsbroschüren
- Vermittlung von Kontakten zu muttersprachlichen BeraterInnen (Freiwillige, Beratungseinrichtungen, Vereine) durch MitarbeiterInnen in der Verwaltung

Freiwillige Überbelegung

- Entwicklung eines Genehmigungssystems für private VermieterInnen
- lokale Zusammenarbeit mit Behörden zum Austausch von Information über inakzeptable Wohnverhältnisse

Erschwingliches Wohneigentum

- Steuerermäßigungen, Zuschüsse, Bereitstellung von günstigem Bauland für Familien mit niedrigerem Einkommen
- Zusammenarbeit der Gemeinde mit örtlichen Banken bei Hypothekenangelegenheiten

Stadterneuerung

- Renovierung von Wohnungsbeständen und Ausbau der Infrastruktur in marginalisierten Stadtgebieten unter Einbindung der AnwohnerInnen bei der Planung und Durchführung
- Ansiedlung öffentlicher Einrichtungen in marginalisierten Stadtgebieten

Verminderung von Segregationstendenzen

- Verteilung von Sozialwohnungen über das gesamte Stadtgebiet
- Bau von kleineren Einheiten von Sozialwohnungen
- Angemessene Angebote an Kinderbetreuungs-, Sport- und Sozialeinrichtungen in allen Stadtgebieten
- mediale Aufwertung marginalisierter Gebiete (Imagekampagnen, Abhalten wichtiger Kultur- und Sportveranstaltungen)
- Maßnahmen, die MigrantInnen einen gleichberechtigten Zugang zum gesamten Wohnungsmarkt ermöglichen
- Maßnahmen, die die angestammte Mittelschichtsbevölkerung zum Verbleib in Wohngebieten mit einem hohen Anteil an MigrantInnen ermutigen
- regelmäßiger Kontakt und enge Zusammenarbeit mit Vereinen und Organisationen von MigrantInnen
- Beobachtung der Mobilität der zugewanderten und angestammten Bevölkerung
- Beteiligung der gesamten Wohnbevölkerung an Projekten und Planungsprozessen für lokale Stadtentwicklungsprozesse durch die frühzeitige Einrichtung von Aktionsgruppen

Empfehlungen für die lokale Wohnraumpolitik 3

Fachtagung „Wohnen und Migrationsgesellschaft in Tirol“

Bei Tischgesprächen im Zuge der Fachtagung „Wohnen und Migrationsgesellschaft in Tirol“ wurden folgende Forderungen und Empfehlungen für die öffentliche Wohnungsvergabe erarbeitet:

Transfer Basis – Politik:

- Regelmäßiger Austausch zwischen politisch Verantwortlichen und Verwaltungspersonal. Bedürfnisse und Erkenntnisse aus der Praxis müssen von politischer Seite aufgenommen werden, Einrichtung eines gemeindeübergreifenden „Round Table“ zu Fragen der öffentlichen Wohnungsvergabe

Öffentliche Wohnungsvergabe

- Wohnungsvergabe gemeinnütziger Wohnungen durch die Gemeinde
- leistbarer und bedarfsorientierter Wohnraum - Zusammenarbeit in der Bedarfserhebung und Planung zwischen Gemeinden und Wohnbauträgern
- sozioökonomische Durchmischung vor „ethnischer Durchmischung“: bei der Vergabe von öffentlichem Wohnraum ist die Berücksichtigung sozialökonomischer Aspekte (Alter, Familienstruktur, Einkommen, Ausbildung) vorrangig

Gemeinsam Wohnen

- AnsprechpartnerInnen/ ModeratorInnen, die von der Hausverwaltung gestellt werden und zu bestimmten Zeiten in Wohnhäusern vor Ort sind
- Regelmäßiges Abhalten von Hausversammlungen
- Klare Information über Regeln des Zusammenwohnens (Mittagsruhe, Mülltrennung)
- ausreichendes Raumangebot (für Kinder/ Jugendliche)